

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktor: Dr. Carl Meißner  
Verlagsdirektor: Dr. Carl Meißner  
Redaktionsdirektor: Dr. Carl Meißner  
Druckerei: Druckerei Meißner & Co.

Preis pro Stück 1,20 Mk., monatlich 3,60 Mk., vierteljährlich 10,80 Mk., halbjährlich 21,60 Mk., jährlich 43,20 Mk. (einschließlich 10% Umlage).  
Abonnementpreise: 12 Monate 43,20 Mk., 6 Monate 21,60 Mk., 3 Monate 10,80 Mk. (einschließlich 10% Umlage).  
Einzelpreis 1,20 Mk., 10 Stück 12,00 Mk., 20 Stück 24,00 Mk., 50 Stück 60,00 Mk., 100 Stück 120,00 Mk. (einschließlich 10% Umlage).

Verlag: Meißner & Co., Dresden, Postfach 100, 1068 Dresden  
Telefon: 100, 1068 Dresden  
Druck: Meißner & Co., Dresden, Postfach 100, 1068 Dresden

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Donauforderungen vor dem Völkerbundsrat

### Dauerhilfe nur nach Tributregelung möglich

Genf, 12. April. Der Völkerbundsrat ist heute nachmittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um zu dem Bericht des Finanzausschusses über die Finanzlage Österreichs, Bulgariens, Ungarns und Griechenlands Stellung zu nehmen. Der Bericht des Finanzausschusses ist von besonderer Bedeutung, da er sich nicht auf die Klarstellung der finanziellen Lage der betreffenden Länder beschränkt. Er stellt vielmehr mit allem Nachdruck fest, daß eine dauerhafte Hilfe für diese Länder nicht zu erwarten ist, so lange die großen Probleme — Reparationen und politische Schäden — nicht gelöst werden, eine Tatsache, die der Völkerbundsrat der norwegische Außenminister Brodland, unterstrich. Er erklärte aber auch, daß er nicht in der Lage sei, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, sondern daß er es dem Rat überlasse, die entsprechenden Folgerungen aus dem Bericht zu ziehen.

In der Aussprache ergriffen zunächst die Vertreter der an der Londoner Konferenz beteiligten vier Mächte das Wort.

Der französische Ministerpräsident Lardieu beschränkte sich auf eine rein formale Mitteilung über die Arbeiten dieser Konferenz. Der englische Außenminister Sir John Simon bestätigte die Mitteilungen Lardieus und legte besonderes Gewicht auf den Schutz der Anleihegläubiger. Neue Anleihen dürften jedenfalls keine neue unproduktive Belastung für die hilfsbedürftigen Länder darstellen. Der italienische Außenminister Grandi sagte, die wirtschaftlichen Bande zwischen Italien und den beteiligten Ländern seien die beste Gewähr dafür, daß Italien alles tun werde, um eine Besserung der Lage herbeizuführen.

In längerer Ausführungen nahm

#### Staatssekretär v. Bülow

zur Londoner Konferenz und zum Bericht des Finanzausschusses Stellung. Der Zweck der Londoner Konferenz sei gewesen, die Mittel zu finden, um gewisse südeuropäische Staaten aus ihrer Notlage zu befreien. Einige dieser Staaten seien durch die Inflation der Friedensverträge entlastet, andere durch die wirtschaftlichen Lebensbedingungen bedroht. Die akuten Finanzschwierigkeiten seien

daher der Ausgangspunkt, aber nicht der einzige Erörterungsgegenstand der Konferenz gewesen.

Die notleidenden Länder müßten in die Lage versetzt werden, künftig auf eigenen Füßen zu stehen.

Nicht die gleiche Eingekerkelt wie über das Ziel habe sich in London über die Mittel zu seiner Verwirklichung ergeben. Eine Lösung werden aber bestimmt gefunden werden, und Deutschland werde von sich aus alles dazu tun. Staatssekretär v. Bülow unterstrich schließlich aus dem Bericht des Finanzausschusses eine Reihe von Feststellungen, insbesondere über die Notwendigkeit sofortigen Handelns, und erklärte es für bedauerlich, daß trotz dieser auch im Bericht des Beratenden Sonderausschusses der V.V.B. enthaltenen Feststellungen die Lausanne-Konferenz bis Juni verschoben worden sei.

Nach Zusammenfassung der heutigen Debatte durch Tardieu wurde

eine Entschließung angenommen.

In der der Völkerbundsrat eine gemeinsame Prüfung der Frage einer planmäßigen Finanzierung durch die Vertreter der vier Regierungen und die technischen Organe des Völkerbundes vorstelt. Weiter wird festgestellt, daß es Sache des Völkerbundesrats sein werde, über die Maßnahmen zu beschließen, die auf Grund des Berichtes zu treffen sind; zu diesem Zweck soll der Bericht auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung gesetzt werden.

### Feldzug Hoovers gegen die Krise

Berlin, 12. April. Nach Meldungen aus Washington haben die geringen Ergebnisse der bisherigen Antirezessionsversuche Hoovers für die Wirtschaft des Präsidenten Anlass, eine neue „Antidepressionskampagne“ in ganz großem Stil einzuleiten. In Konferenzen und Audienzen werden bereits Maßnahmen vorbereitet, die alles bisher Dagewesene an Umfang und Bedeutung in den Schatten stellen sollen. Es ist die Bildung einer nationalen Einheitsfront gegen die Depression geplant, ohne Unterschied der Parteien oder der persönlichen Ansichten.

## Südamerika erwartet schwere Erdbeben

### Die Vulkanausbrüche Vorboten neuer Katastrophen

Buenos Aires, 12. April. Der Regenregen dauert an und hat jetzt Montevideo, Salta und Bahia Blanca erreicht. Ganz Argentinien ist von einer dichten Nebelwolke eingehüllt. In den Nordbergen sind acht Vulkane in Tätigkeit. Todesopfer wurden bisher nicht gemeldet. Die Neuzückerung der westlichen Gebiete ist besonders wegen der herrschenden Dunkelheit beunruhigt. Die Sonne vermag die Nebelwolke nicht zu durchdringen. Geologen und Seismologen sind der Ansicht, daß der Regenregen als Vorbote schwerer Erdbeben anzusehen sei. Es sind alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden, um die 80 000 Bewohner der Provinz Mendoza durch Eisenbahnen abzutransportieren. In der Provinz sind bereits drei Erdbeben erfolgt. Truppen sind zur Hilfeleistung eingesetzt worden.

In der durch die furchtbaren Vulkanausbrüche am meisten in Mitleidenhaft gezogenen Stadt Salta in der argentinischen Provinz Mendoza befinden sich, wie aus dem bedrohlichen Gebiet gemeldet wird, etwa 10 000 Einwohner infolge der Gasvergiftungen in Erdrückungsgefahr. Bisher unternommene Rettungsversuche scheiterten.

Starke Schwefelwolken, Erdrisse und giftige Gase vermehren die Panik. Der Vulkanstrom hat die etwa 100 Kilometer vom Ausbruchsort entfernte gelegene Stadt San Rafael erreicht. Das im Mittelpunkt der Stadt gelegene Hotel „El Comercio“ ist in Flammen aufgeht. Die Anwohner sind von der Umwelt abgeschnitten.

Buenos Aires, 12. April. Die Vulkanausbrüche in Südamerika haben plötzlich nachgelassen. Die Seismologen befürchten aber gerade infolge dieser plötzlichen Beruhigung ein noch härteres Wiedereintreten der Vulkantätigkeit. Der Stadtverkehr in Buenos Aires liegt völlig danieder. Das ganze Land hat infolge des Regenregens ein winterliches Aussehen angenommen. Die Kräfte winterlicherer Ausdehnung sind unter den beschränkten den Ausdruck von Epidemien unter den Flüchtlingen. Durch starke Schwefeldämpfe und dichten Rauch wurden die nach dem Erdbebengebiet entsandten Beobachtungsflugzeuge zum Rückflug gezwungen.

Es ist die Frage erörtert worden, ob es möglich ist, daß der Regenregen bei günstigen Umständen bis nach

Europa gelangen kann. Fest steht, daß die außergewöhnlich keine Vulkanausbrüche bei großen Vulkanausbrüchen Tausende von Kilometer zurücklegen kann, sobald sie höhere Luftschichten erreicht hat. Das konnte zum Beispiel bei dem gewaltigen Ausbruch des Krakatau im Jahre 1883, sowie bei dem Ausbruch des Vesuvius im Jahre 1906 beobachtet werden. Viele Monate nach dem Ausbruch des Krakatau wurden in Europa in klaren Nächten

in großer Höhe leuchtende Wolken beobachtet. Es handelte sich dabei um Aschenwolken, die noch von der Sonne beleuchtet wurden, wenn die Erde schon



längst im nächtlichen Dunkel lag. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch in der nächsten Zeit wieder solche leuchtende „Nachtwolken“ über Europa ziehen.

„Graf Zeppelin“ über Bordeaux. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ überflog Dienstag abend um 11,15 Uhr Bordeaux in Richtung Ost.

### Taten und Worte

In Abänderung eines bekannten Goethewortes kann man zu Brauns Anschlag auf die Geschäftsordnungsbestimmungen über die Neuwahl des preussischen Ministerpräsidenten nur sagen: „Das Unglaubliche, hier wird's Ereignis.“ In letzter Minute vor den preussischen Neuwahlen erweckt man den eigentlich schon toten Landtag noch einmal zu einem gespenstischen Witternachtsputz, damit er in aller Eile eine Geschäftsordnungsänderung durchsetze, an der man vier Jahre lang Zeit gehabt hätte, wenn, ja, wenn man geahnt hätte, daß Brauns Domäne einmal von einer zum nationalen Gedanken erwachenden Nation gefährdet werden könnte. Alle die Abgeordneten der Linken, die auf keine Wiederwahl rechnen können, und die deshalb bereits schmerzlichen Abschied von der Stätte einer vierjährigen Wirksamkeit genommen haben, werden also den Trennungsschmerz noch einmal zu erdulden haben. So will es ihr Herr und Meister Braun, um dessen Herrschaft willen sie ja schon so oft ihre demokratische Ueberzeugung gekennzigt haben. Es ging bei diesem Anschlag darum, daß ein sterbendes Parlament die sterbende Ministerpräsidenten Herrschaft des Herrn Braun zu retten sucht. Denn wenn Braun sich nicht schon selbst verlorengegeben hätte, wenn er nur die letzte Hoffnung auf Wiedereroberung einer Mehrheit im Landtage hätte, dann brauchte er diesen letzten Rettungsversuch nicht zu unternehmen. Auch er, den die Sozialdemokratie rühmend als ihren klügsten Mann, ja mit Stolz als ihren Staatsmann bezeichnet, wird sich sagen müssen, daß diese Tat im Wahlkampfe tauendfältige Frucht nur seinen Gegnern bringen und daß sie gegen seine demokratische Gesinnung lauter zeugen wird, als die leidenschaftlichsten Reden gegen die schwarz-rote Parteiherrschaft, unter der Preußen leidet. Auch der letzte Wähler wird seine Folgerungen aus der Tatsache ziehen, daß die schwarz-rote Parteien sich schon selber aufgaben, bevor der Wahlkampf richtig begonnen hat, und ihre Mehrheit für verloren hielten, für die ihnen bisher wenige Stimmen genug erschienen zu einer Parteimehrheit, wie sie Deutschland, mit Ausnahme von Belgien-Sachsen, bisher noch nicht kennen gelernt hat. Braun hat sich in einer klugen Stunde klar gemacht, daß mit mathematischer Sicherheit auf eine Mehrheit für ihn nicht mehr zu hoffen ist. Diese Selbsterkenntnis wäre zu loben, wenn der preussische Ministerpräsident daraus die Folgerung ziehen wollte, als guter Demokrat sich dem Mehrheitswillen zu beugen. Leider denkt er nicht daran, aus dem lieb gewordenen Amte zu scheiden. Demokratische Prinzipien sind schön und beachtenswert, solange sie den schwarz-rotten Graßwühlern der Demokratie nützen. Sie sind jedoch zu verbammen, wenn sie sich gegen dieselben kehren.

Nun schrieb die bisherige Geschäftsordnung vor, der preussische Ministerpräsident, und das bedeutete — für Herrn Braun schmerzhaft zu sagen —, sein Nachfolger müsse mit absoluter Mehrheit im ersten Wahlgange und, falls keine Wahl zustande kommt, mit relativer Mehrheit im zweiten Wahlgange gewählt werden. Hier besteht für Braun eine letzte Hoffnung. Vielleicht wird die Rechte ja nicht hart genug, um die absolute Mehrheit zu erreichen. Leider aber wird sie mit mathematischer Sicherheit hart genug — darüber bestand auch für Herrn Braun kein Zweifel —, um im zweiten Wahlgange mit relativer Mehrheit den Ministerpräsidenten zu stellen. Das galt es, zu verhindern. Zwar ist Herr Braun ebenfalls nur mit relativer Mehrheit gewählt worden, aber was ihm recht ist, braucht einem nationalen Kandidaten noch lange nicht billig zu sein. Das gleiche Recht für alle ist ja in Brauns Reich schon lange an einer offenkamelen erklärt worden. Also streicht man mit einer längst nicht mehr dem Volkswillen entsprechenden Mehrheit des alten Landtages rasch noch den Abgang der Wahl mit relativer Mehrheit im zweiten Wahlgange. Nun wird zwar Herr Braun ebenfalls noch den Neuwahlen gekürzt, wenn aber, dank der Kommunisten, die gegen jeden Kandidaten stimmen, kein neuer Kandidat mit absoluter Mehrheit gewählt werden kann, dann befehdet eben Herr Braun als geschäftsführender Ministerpräsident bis in jetzt noch unbekannte Zeiten sein Amt. Damit ist das Parteibuchbeamtenamt, die Parteimehrheit gegen rechts und der preussische Antirezessionswahn, die religionslose und antimationale Erziehung der Kinder, die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die nationalen Zeitungen und die nationale Bewegung nicht nur gerettet, sondern sie kann noch verstärkt werden. Denn Herr Braun herrscht nun völlig absolut. Er ist nicht einmal mehr auf die geringe Rücksichtnahme auf seine bürgerlichen Bundesgenossen vom Zentrum und der Demokratie angewiesen. Das Parlament kann ihm ja nichts anhaben. Aber nicht nur Herr Braun wäre gerettet, sondern sogar der Reichsfunkler Bräuning und die Reichsregierung. Die Aufschaltung des Volkswillens in Deutschland wäre vollständig. Die demokratischen Parteien haben auf dem Wege eines